

Frankreichs Linksregierung auf Sparkurs: „Anstrengend aber gerecht“

Präsident Hollande und Premier Ayrault wollen härter sparen als Sarkozy und Fillon. Dafür sollen Reiche und Konzerne höhere Steuern zahlen.

VON DANNY LEDER, PARIS

Die neue Linksregierung in Paris wird diese Woche eine besonders heikle verbale Gratwanderung vollziehen. Heute Montag wird der Rechnungshof eine alarmierende Bilanz über Frankreichs öffentliche Finanzen publizieren. Schon jetzt ist bekannt, dass rund acht Milliarden Euro fehlen um das Budgetdefizit, wie mit der EU vereinbart, 2013 auf drei Prozent des Bruttonationalprodukts (BNP) zu drücken. Frankreichs Verschuldung rast auf 90 Prozent des BNP zu. Das Wirtschaftswachstum wird 2012 mit voraussichtlich 0,4 Prozent noch unter die bisherigen, pessimistischen Erwartungen rutschen.

Paradoxerweise wird die neue Staatsführung um den sozialistischen Präsidenten Francois Hollande diese Hiobsbotschaften hervor streichen und zu ihren Gunsten ausschlichten. Gestützt auf den Rechnungshofbericht wird Premier Jean-Marc Ayrault in seiner Antrittsrede am Dienstag vor der frisch gewählten Nationalversammlung die Explosion der Staatsverschuldung seinen bürgerlichen Vorgängern unter Nicolas Sarkozy anlasten. Vor allem aber dürfte die neue Linksregierung, eine Koalition aus SP und Grünen, die Bilanz der Rechnungsprüfer nützen, um scharfe sparpolitische Maßnahmen zu legitimieren.

Allerdings werden dabei jene rhetorischen Verrenkungen zur Anwendung kommen, die schon Francois Hollande im Wahlkampf praktiziert hatte, gemäß dem Prinzip, dass man einem Kranken einen allzu schweren Heilungsprozess nicht erleichtert, wenn man ihm im Voraus alle bevorstehenden Schrecknisse genau ausmalt. So gilt der französische Begriff für Sparpolitik, nämlich „Politique de la Rigueur“, der schon unter Sarkozy im offiziellen Sprachgebrauch vermieden wurde, jetzt erst recht als tabu. Stattdessen ist in der Öffentlichkeit seitens der rotgrünen Regierungspolitiker nur von „gerecht aufgeteilten Anstrengungen“ und der „Wiederaufrichtung Frankreichs in gerechter Weise“ die Rede.

Ayrault hat freilich in einem Rundschreiben bereits seinen Ministern Sparziele verordnet, die noch härter sind als unter seinem bürgerlichen Vorgänger, Premierminister Francois Fillon. Auch der Beamtenabbau dürfte im Endeffekt radikaler verlaufen als unter Präsident Sarkozy. Ausgenommen bleiben die von Hollande im Wahlkampf als vordringlich bezeichneten Bereiche: Schulwesen, Justiz und Polizei. Aber gerade die in diesen Sektoren versprochenen Personalaufstockungen dienen als Rechtfertigung, um anderswo umso strenger zu sparen. Im Unterschied zu Sarkozy würde die Linke aber „gezielt“, und nicht „pauschal“ Stellen abbauen, verspricht Ayrault.

Gleichzeitig soll die Anhebung der Steuern für Reiche und Konzerne der Nation das Gefühl einer „gerecht aufgeteilten Anstrengung“ vermitteln. Die erste Feuerprobe für diesen Regierungskurs kommt nächste Woche bei einer Konferenz der Sozialpartner, auf der Hollande die Gewerkschaften besänftigen muss.